

Mittelsächsische LinksWorte

21. Januar 2015

Nr. 89

9. Jahrgang



Alljährlich beginnt das politische Kalenderjahr für DIE LINKE mit dem stillen Gedenken an die grausame Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg am 15. Januar 1919 in Berlin. Alljährlich findet es am zweiten Sonntag im Januar an der Gedenkstätte der Sozialisten im Zentralfriedhof Berlin-Friedrichsfelde statt. Auch die Liebknecht-Luxemburg-Demonstration linksgerichteter Parteien, Gruppen und Einzelpersonen hat weiterhin Tradition.

Am Nachmittag des 11. Januar fanden sich in der ausverkauften Berliner Volksbühne Hunderte zur begeisterten Jahresauftaktveranstaltung der europäischen und deutschen Linken zusammen. Im Mittelpunkt des politisch-kulturellen Programms: Der Blick auf den 70. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus, die Solidarität mit Flüchtlingen aus aller Welt, dem griechischen Volk und vor allem der griechischen Linkspartei Syriza, der Ende Januar gute Chancen für einen Wahlsieg in Hellas gegeben werden.

Die drei Titelthemen dieser Ausgabe:

1. Umfassend analysiert:

Die mittelsächsischen LINKEN und
aktuelle Positionsbestimmungen

2. Im Blickpunkt:

Die Kreistagsfraktion der LINKEN
kritisiert den Kreishaushalt 2015

3. Klar erkannt und benannt:

Die AfD ist keine Alternative für
Deutschland

2	editorial & standpunkt
3	kolumne & jahresauftakt der linken
4/5	titelthema 1: querbeet zur aktuellen positionsbestimmung der linken
6/7	titelthema 2: der kreistag dezember und der standpunkt der linksfraktion
8	vorgestellt: kreisrat ringo gründel
9	titelthema 3: zur Rolle der AfD
9	seite der linksjugend [´solid]
10	serie zur nachhaltigkeit: bergakademie freiberg
11	kreisvorstand & glückwünsche & jahrestage januar/februar 2015
12	termine & querbeet

Die nächste Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ erscheint am 18. Februar 2015. Redaktionsschluss ist am Mittwoch, dem 11. Februar. Unsere Leser bitten wir darum, für den Druck und die Auslieferung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ an die Ortsverbände der LINKEN zu spenden.

Spendenempfehlung: 12,00 Euro als Jahresbeitrag 2015.

Geldspenden unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für die LinksWorte“ sind auch unter folgender Bankverbindung möglich:

DIE LINKE. Mittelsachsen

Kreissparkasse Freiberg

IBAN: DE 87 8705 2000 3115 0282 10

BIC: WELADED1FGX

Zuschriften mit kritischen und auch polemischen Hinweisen sind ausdrücklich erwünscht.

Bei Veröffentlichung bringen sie jedoch nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

Impressum

Herausgeber: **DIE LINKE.**
KREISVORSTAND MITTELSACHSEN

Postanschrift der Redaktion:
Kreisgeschäftsstelle der LINKEN
z. Hd. der Redaktion der „LinksWorte“
09599 Freiberg, Lange Straße 34
Telefon: 0 37 31 - 2 22 56
Telefax: 0 37 31 - 20 21 40
eMail: hans.weiske@dielinke-mittelsachsen.de

Redaktion: Ruth Fritzsche, Sabine Lauterbach, Michael Matthes, Sabine Pester, Robert Sobolewski, Marika Tändler-Walenta, Hans Weiske (verantwortl. i.S.d.P.), Peter Zimmermann

Layout, Satz und Fotos: A•Bi•Te
Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske
Birkenstraße 23b
09557 Flöha/OT Falkenau

Verlag und Vertrieb: Eigenverlag und -vertrieb

Druck: Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG
Kalkstraße 2, 09116 Chemnitz

Internet: Die „LinksWorte“ können über die Webseite des Kreisverbandes der LINKEN aufgerufen werden. Über einen Link findet man dort die aktuelle Ausgabe der „LinksWorte“ und das Archiv.

aus der redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

willkommen im Jahr 2015! Dieses Jahr wird - aus Sicht der LINKEN in Mittelsachsen - vor allem geprägt sein von der Wahl eines neuen Landrates und der Bürgermeister in voraussichtlich 35 Städten und Gemeinden des Kreises. Wir werden deshalb - wie bereits in den vergangenen beiden Jahren geschehen - in unseren Heften von März bis Juni die Wahlvorbereitung und -auswertung in den Mittelpunkt stellen und in diesen vier Monaten unsere Serie zur Nachhaltigkeit aussetzen. Wobei wir bei unserer Serie wären. Inzwischen hat der Begriff der Nachhaltigkeit bekanntlich Hochkonjunktur. Es gibt keinen Bereich des gesellschaftlichen Lebens mehr, in welchem nicht von „Nachhaltigkeit“ im weitesten Sinne gesprochen wird. In unserer heutigen Ausgabe widmen wir uns aus Sicht der Nachhaltigkeit der Bergakademie Freiberg. Zum Start dieses Jahres, wenige Tage vor Redaktionsschluss dieser Ausgabe, wurde Freiberg der Titel einer „Universitätsstadt“ verliehen. Und das im 250. Jahr des Bestehens der Bergakademie. Im Februar widmen wir uns einem weiteren Freiburger Jubiläum, welches in diesem Jahr ansteht: dem 500. Jahrestag der Gründung der städtischen Lateinschule im Jahr 1515. Als legitimer Nachfolger betrachtet sich das Geschwister-Scholl-Gymnasium. Wie bereits angedeutet, werden wir unsere Serie zur Nachhaltigkeit im Juli fortsetzen. Auch in diesem Jahr war eine Abordnung der mittelsächsischen LINKEN bei der Ehrung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde und zum politischen Jahresauftakt der europäischen Linken in der Berliner Volksbühne dabei. Wir berichten in Wort und Bild. Ausführlich berichten wir auch über die Sitzung des Kreistages vom 10. Dezember. Und wie immer, aus dem Blickwinkel der Fraktion der LINKEN. Außerdem wollen wir in den kommenden Monaten die fünf neuen Mitglieder unserer 16-köpfigen Kreistagsfraktion vorstellen. Wir beginnen mit **Ringo Gründel** aus Penig, der für viele überraschend für DIE LINKE in den neuen Kreistag einzog. Die Seite der Linksjugend [´solid] wartet gewissermaßen auf neue Aktivitäten unserer beiden Gruppen aus Geringswalde und Freiberg. Heute informieren wir über einen - leider knapp gescheiterten - Versuch von Stadtrat **Robert Sobolewski**, die Jugend in Geringswalde stärker in kommunale Entscheidungen einzubinden. Schließlich möchten wir das Augenmerk auf die Artikel unserer Autoren **Michael Matthes** und **Achim Grunke** (Seiten -4- und -5-) sowie **Marika Tändler-Walenta** (Seite -9-) richten. Wie immer wünschen wir unseren Leserinnen und Lesern eine interessante Lektüre.

„alternativlos“ – oder die manipulation der öffentlichen meinung

von Peter Zimmermann

Das Wort suggeriert sachlich unangemessen, dass es bei einem Entscheidungsprozess von vornherein keine Alternativen und damit auch keine Notwendigkeit der Diskussion und Argumentation gebe. Behauptungen dieser Art sind zu oft aufgestellt worden, sie drohen, die Politikverdrossenheit in der Bevölkerung zu verstärken. Für Merkel ist der Afghanistan-Einsatz alternativlos, 2. Juli 2009; Schäuble verteidigt den Schuldenabbau als alternativlos, 7. Juli 2010; usw.usw.

Für mich ist das ganz einfach ein „Eingeständnis der Hilflosigkeit“ oder eben doch ein Einknicken der Politik gegenüber den allzu mächtigen Lobbyverbänden, Wirtschaftsbossen und Bänkern. Nicht ganz ohne Grund wurde dieses Wort zum Unwort des Jahres 2010 auserwählt.

Genauso „alternativlos“ ist es da natürlich, dass Deutschland einen immer größer werdenden Ansturm von Kriegsflüchtlingen und Asylanten bewältigen muss. Oder gibt es da eventuell doch eine Alternative? Deutschland ist der drittgrößte Waffenexporteur mit elf Prozent Weltmarktanteil. So werden auch immer mehr Waffenexporte in sogenannte Drittstaaten exportiert. Das sind Staaten, die weder zur EU noch zur Nato gehören. Mit Waffen werden Menschen getötet, dafür sind diese nun mal konzipiert.

Was haben nun die Waffenexporte, die Kriegsflüchtlinge und Asylanten miteinander zu tun? Oder dürfen wir es den Menschen übel nehmen, die aus den Ländern in die auch Deutschland Waffen liefert fliehen, auch zu uns zu kommen? Hat nicht jeder Mensch das Recht, glücklich zu sein und in Frieden leben zu dürfen? Wohl nicht, wenn Macht-, Geld- und Rohstoffinteressen und eine undemokratische, verlogene und verschleierte Politik dazwischen stehen! („Über die Abwägungen und die deutschen Sicherheitsinteressen, die hinter solchen Entscheidungen stehen können, geben wir nicht öffentlich Auskunft“ aus: Merkel „Ostseezeitung“ vom 14.08.2014. Wie sinnvoller wäre es doch, anstatt Waffen zivile Hilfsgüter in diese Länder zu senden. Aber, damit lässt sich ja nun mal kein Profit machen. Die Menschen sind Kollateralschäden, sowohl die Kriegsflüchtlinge als auch die eigene Bevölkerung. Eben Kapital- oder noch bezeichnender, Imperialismus.

vom jahresauftakt der europäischen und deutschen linken in berlin

**auf seite - drei -
- immer konsequent links -
unser monatlicher
kritischer meinungsbeitrag**

Ein Gespenst geht um in Europa. Ein dem gemeinen Mann sympathisches. Das macht es noch gefährlicher - für die, die es fürchten müssen. Dieses Gespenst ist männlichen Geschlechts und griechisch. Es trägt nicht den Namen Alexis Sorbas, sondern Alexis Tsipras. Der Mann ist sogar kreuzgefährlich für die Trickbetrüger. Er vertritt nämlich, kurz gesagt, die Meinung: Die Schulden des griechischen Staates sind nicht die Schulden des griechischen Volkes. Sie müssen demzufolge nicht von diesem getilgt werden. Nicht die griechischen Bürgerinnen und Bürger haben den Reichen des Landes erlaubt, keine Steuern zu zahlen. Auch nicht die blödsinnigen Rüstungsausgaben, gerichtet gegen Griechenlands „Feind“, den NATO-„Partner“ Türkei. Ganz nebenbei hat der Rüstungsgüter-Exportchampion Deutschland ganz gut daran „verdient“. Wohlgemerkt, nicht das deutsche Volk. Dieser Tsipras trifft die Schuldenmacher und die Wucherer Europas dort, wo es ihnen weh tut, nämlich beim Geld. Die Dukaten sind futsch, wenn der Schuldenmacher nicht zahlt. So ist es nun mal, wenn man Hasardeuren Geld leiht. Die Herren werden unfein, wenn es ans Eingemachte geht. Leicht wird es nicht für die Griechen.

Warum eigentlich für die Griechen? Für uns auch nicht und auch für die Anderen nicht - die Spanier, Portugiesen, Italiener und Franzosen. Der Draghi macht gerade die nationalen Schulden zu europäischen. Oder glaubt jemand, dass die Billionen deutscher Schulden jemals getilgt werden können, wenn es schon Jahrzehnte dauert, bis man, und das nur auf dem Papier, aufhört neuen Schulden zu machen. Es braucht Brüder und Schwestern des Alexis Tsipras überall in Europa. Und die brauchen Sektionen der Syriza-Partei überall in Europa. Aber was passiert. DieLinke in Person von Gabi Zimmer verhindert, das Alexis Tsipras die linke Fraktion im Europäischen Parlament anführt. Hans Modrow kritisiert das mit Ingrimm in der Stimme. Liebe Genossinnen und Genossen, der griechische Tsipras schlägt die erste Schlacht für uns alle. Schwächen wir mit Taten seine Gegner in Deutschland! Wir hätten Verbündete genug in diesem Land. Es fehlt uns allerdings ein Hans Tsipras. (mm)

von Ruth Fritzsche

Am Tage der 96. Wiederkehr des Gedenkens an unsere ermordeten Arbeiterführer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in der Gedenkstätte der Sozialisten fand nachmittags in der Volksbühne nunmehr zum 5. Male die Auftaktveranstaltung der LINKEN für das Jahr 2015 statt. Wie in den vergangenen Jahren war die Volksbühne restlos ausverkauft, zumal erstmalig Eintrittskarten erstanden werden mussten. Alle Teilnehmer erwartete eine spannende und begeisternde 3-stündige Veranstaltung mit internationalen und nationalen Gästen aus Griechenland und Spanien sowie z.B. Daniele Dahn und Ottfried Fischer. Natürlich gehörten unsere beiden Vorsitzenden sowie Gregor Gysi und Oskar Lafontaine zu den Machern. Genosse Diether Dehm und Genossin Judith Benda vom Vorstand DIE LINKE und Europäischen Linkspartei moderierten und gleich am Anfang gedachten wir in einer Schweigeminute der ermordeten 17 französischen Bürger in Paris.

Neben dem im Mai 2015 bevorstehenden 70. Jahrestag der Befreiung war der Ablauf gekennzeichnet von der am 25. Januar 2015 stattfindende

Große Begeisterung löste in Vertretung von Alexis Tsipras, der natürlich mit den Wahlen stark in Anspruch genommen ist, das Auftreten des wirtschaftspolitischen Beraters von Syriza, Janis Williots und einer griechischen Putzfrau aus. Die Genossin kämpft gemeinsam mit 585 entlassenen Putzfrauen um ihre Arbeitsplätze. Der wirtschaftspolitische Berater von Syriza verwies u.a. darauf, dass Syriza die Wahl gewinnen wird, dass z.B. 60 % der Jugendlichen keinen Job haben und er erwarte, dass die LINKE in Deutschland die griechischen Genossen unterstützt.

Auch Talkrunden waren angesagt mit Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch zu der Problematik, wie sie zur Aussage von Bertold Brecht stehen „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch“. Es wurde u.a. darauf verwiesen, dass es in Griechenland eine starke faschistische Partei gibt, die auch um ihre Pfründe kämpft. Dort wo der Faschismus zur Macht gekommen ist, siehe Deutschland, hat er die Arbeiterbewegung und die Gewerkschaften zerschlagen. Des weiteren eine Talkrunde mit Gregor Gysi, Daniela Dahn und Ottfried Fischer, der zuvor darauf verwies, dass wir nie die KZ vergessen dürfen, wo durch Deutschland Völkermord betrieben wurde. Nach seiner Mei-



Zum Abschluss der Veranstaltung versammelten sich die wichtigsten Macher des Nachmittags hinter einem großen Plakat „Flüchtlinge willkommen“ und der Saal sang gemeinsam den Protestsong „We shall overcome“

Wahl in Griechenland, bei der große Hoffnung besteht, dass unsere Genossen und Freunde vom Linksbündnis Syriza mit dem Genossen Alexis Tsipras an der Spitze die Wahlen gewinnen und damit für Europa eine neue Politik eingeleitet werden kann. Auch der Auftritt von Liedermachern kam nicht zu kurz.

Mit einer kämpferischen Rede begann unsere Bundesvorsitzende, Katja Kipping. Sie orientierte darauf, dass die LINKE eine Kraft der Veränderung in Europa sein muss. Natürlich umriss sie die Aufgaben für das kommende Jahr. Aber sehr wichtig war für mich, dass sie in Anbetracht der Hetze gegen Ausländer betonte, dass wir eine Bewegung gegen die Prekarisierung aber bestimmt nicht gegen die Islamisierung des Abendlandes benötigen. Gerade in der Zeit der Unsicherheit appellierte sie an alle Funktionäre und Abgeordnete der Linken, dass das Verbindende in den Mittelpunkt zu stellen ist und nicht wer die Wahrheit für sich gepachtet hat. Auf die Bundeskanzlerin bezogen, betonte sie, dass Europa nicht das Eigentum von Angela Merkel ist.

nung würdigen wir den Frieden nicht genügend...

Die oben genannte Talkrunde bezog sich auf den Terrorismus. So wurde in dieser Runde z.B. klar gestellt, dass Al-Kaida von der USA gegen die Sowjet-Union gegründet wurde und nun ist Al-Kaida für die USA der Popanz. Kriege, die immer aus ökonomischen Interessen geführt werden, provozieren den Terrorismus.

Auf diese Tatsache verwies auch Genosse Bernd Riexinger. Der Faschismus ist in Deutschland durch den Kapitalismus entstanden. Deutschland hat den 2. Weltkrieg provoziert und hat auch Griechenland überfallen. Griechische BürgerInnen wurden von den Deutschen ermordet. Für uns als Linke ist es wichtig, dass die gegenwärtige Politik in Griechenland abgewählt wird. Auf die Problematik „Terrorismus“ ging auch Oskar Lafontaine ein. Er stellte in den Mittelpunkt, den Terroristen fehlt die Liebe zu den Menschen und wer Kriege führt, provoziert den Terrorismus. Auf Russland bezogen, gibt es für uns nur eine Schlussfolgerung. Frieden ist nur mit Russland durchsetzbar.

kreisparteitag stellt weichen

von Hans Weiske

Es war eine als Kreisparteitag einberufene Gesamtmitgliederversammlung von der eher unspektakulären Art. 86 Genossinnen und Genossen waren am späten Nachmittag des 9. Dezember zur Beratung gekommen. Das Wahlprozedere reduzierte sich diesmal auf die Bestimmung der Delegierten des mittelsächsischen Kreisverbandes der LINKEN zu den Landesparteitagen 2015 und 2016

vor allem auf die Ergebnisse der Wahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen ein und thematisierte im Zusammenhang mit den Koalitionsverhandlungen in Thüringen auch die „Unrechtsstaat-Diskussion“. Der Kreisvorsitzende **Falk Neubert** nahm die Wahlergebnisse in Mittelsachsen zum Ausgangspunkt seiner Ausführungen. Dabei würdigte er nochmals das Engagement in den Ortsverbänden, besonders aber der fünf Direktkandidaten in den mittelsächsischen Wahlkreisen. Eine wichtige Frage war eine erste Wertung der Rolle der AfD im säch-



Stefan Hartmann, Mitglied des geschäftsführenden Parteivorstandes, sprach zu aktuellen Fragen; Im Präsidium: der Kreisvorsitzende **Falk Neubert** (MdL) und MdL **Jana Pinka**.

Zu den Teilnehmern sprachen auch der neue Vorsitzende der Kreistagsfraktion, **Gottfried Jubelt** (oben links) und mit gewohntem großen Engagement **Reinhard Kluge** aus Rechenberg-Bienenmühle.

(gewählt wurden quotiert 12 Delegierte) sowie die beiden mittelsächsischen Vertreter im Landesrat (wiedergewählt wurden **Angelika Schubert** aus dem Ortsverband Brand-Erbisdorf und **Peter Emmrich** aus dem Ortsverband Waldheim-Hartha).

In seinen grundlegenden Ausführungen ging das Parteivorstandsmitglied **Stefan Hartmann**

sischen Landtag. Falk Neubert richtete den Blick auch nach vorn ins Jahr 2015. Und da stehen die Landrats- und Bürgermeisterwahlen in 35 Städten und Gemeinden Mittelsachsens im Mittelpunkt - vorwiegend am 7. Juni. Die Diskussion war geprägt von teils kontroversen Auffassungen zum „Unrechtsstaat DDR“ in den Thüringer Koalitionsverhandlungen.

regieren oder opponieren ?



von Michael Matthes

Wir hatten sie vor kurzer Zeit erst wieder, die Diskussion um das Regieren und um das Opponieren. Dabei war es bei genauerem Hinsehen eine Diskussion um das Wollen und Nichtkönnen in Sachsen und dem Regieren-Können in Thüringen. Beides unterschieden durch zehn Prozent im Wahlergebnis. Bei noch genauerem Hinsehen entdeckt man, es geht um das Verständnis vom Agieren einer Partei in einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Einer Partei, die sich ein Programm gegeben hat, das mit Fug und Recht ein sozialistisches genannt werden kann. Es geht um das Verständnis der gesetzmäßigen Zusammenhänge bei der Entwicklung der Gesellschaft vom Niederen zum Höheren. Oder noch anders ausgedrückt, es geht um Wissen und Intelligenz bei den Akteuren sowohl an der Basis als auch und besonders bei den von der Basis erwählten Führungen der Partei.

Es bedarf sicherlich keiner Erörterung, dass der Staat in einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung ein Organ zur Erhaltung dieser Gesellschaftsordnung ist. Gesellschaftliche Veränderungen dürften dort also nicht oder nur in sehr begrenztem Umfang durchzusetzen sein. Das hat schon mal Konsequenzen. Eine Partei, die für gesellschaftliche Veränderungen kämpft, muss dies offen und überzeugend tun. Es ver-

bietet sich von selbst, so zu tun, als tobe im Landtag der Klassenkampf. Im Parlament hat man höchstens eine Bühne, von der aus man Politik in die Öffentlichkeit transportieren kann. Dieser Einschätzung widerspricht nicht die Tatsache, dass es Spielräume gibt, die Gesellschaft etwas weniger kapitalistisch zu machen. Diese muss DieLinke nutzen besonders dann, wenn sie regieren oder mitregieren kann. Jedoch die Hauptsache unserer Politik ist dies nicht.

Nachhaltige gesellschaftliche Veränderungen beginnen in den Köpfen der Menschen. Wenn die Bürgerinnen und Bürger erkennen, welche Konflikte in der Gesellschaft ihren Interessen entgegenstehen und was getan werden muss, den Interessen zum Durchbruch zu verhelfen, entsteht eine politische Kraft, die die anderen Parteien respektieren müssen, wenn sie nicht an Einfluss verlieren wollen. Der Mindestlohn hat es gezeigt. Will DieLinke ihr Erfurter Programm umsetzen, muss sie diesen gesellschaftlichen Entwicklungsprozess erkennen, in praktische Ziele umsetzen und mit geeigneten Leuten anführen. Das ist der Anspruch.

Wie sieht es nun damit aus? Am Anfang steht immer die Analyse des Ist-Zustandes. Und die besagte - dazu bedarf es keiner sonderlichen Intelligenz: Fürs Mitregieren reicht es nicht. Wenn man dies trotzdem zum Wahlziel macht, signalisiert man der eigenen Anhängerschaft und besonders der Wählerschaft, da sind welche, die verstehen ihr Geschäft nicht. Also blieb das Opponieren. Dafür bedarf es einer anderen Strategie. Damit man eine starke Oppositionsfraktion bilden kann, muss man den Wählern schlüssig darlegen, was sie persönlich erreichen können, wenn sie ihre Stimme DerLinken anvertrauen. Damit sind wir wieder bei den Interessenlagen der Bürgerinnen und Bürger. Befinden sie sich in Übereinstimmung mit den Zielen DerLinken, fällt das Ergebnis entsprechend aus. Wenn es das nicht tut, kann man die Wählerinnen und Wähler als dummes Stimmvieh denunzieren, die auf die Parolen der Anderen hereinfallen, oder es of-

anheit, sich den brennenden fragen der gegenwart von linken positionen zu widmen

brauchen wir politische bildung ?

fenbart eine Unfähigkeit, die gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse zu erkennen und sie zu lenken. Der schleichende Verfall des sächsischen Landesverbandes deutet auf letzteres hin.

Diese Einschätzung wird durch Details gestützt. Analysiert man die Landesliste, mit der der sächsische Landesverband in die Wahl ging, und besonders die Besetzung der „sicheren“ Listenplätze, dann sieht man die Tendenz, dass Wenig-Profiliertere verblieben oder hinzukamen und Profiliertere ausgeschieden wurden. Die Stimmenverluste verstärkten am Ende noch diesen Effekt. Im Ergebnis haben wir heute den Umstand, dass die Linksfraktion politisch geschwächt die nächste Legislaturperiode durchstehen muss. Es gelingt im wachsenden Maße weniger, die für die Parlamentsarbeit wichtigen Ausschüsse kompetent zu besetzen. Die Last konzentriert sich dadurch auf Wenige, deren politische Wirksamkeit durch Tanzen-Müssen auf vielen Hochzeiten eingeschränkt wird. So lobenswert es zu sein scheint, junges Blut in die Fraktion zu bringen, so schlimm wird es, wenn die jungen Genossinnen und Genossen unvorbereitet den Gegnern in den anderen Parteien ausgeliefert werden. Sie müssen dann scheitern. Sie werden verheizt. In der jüngsten Mitgliederversammlung des Gebietsverbandes Brand-Erbisdorf beklagte Dr. Jana Pinka, stellvertretende Fraktionsvorsitzende, diese Fehlleistung der Führung des Landesverbandes deutlich. Geradezu grotesk wird das Geschehen um die Übernahme der Leitung des „Sozialausschusses“, dessen Leitung traditionell DieLinke innehat. Dies wurde DerLinken von den übrigen Fraktionen wieder angeboten. Obwohl unsere Fraktion für die Besetzung im Gegensatz zu früher mit Susanne Schaper, jahrelang Operationschwester beim Klinikum Chemnitz, eine Fachfrau für die Spitze des Ausschusses aufbieten konnte, verzichtete der parlamentarische Geschäftsführer Scheel auf diese Möglichkeit. Mit dem Ergebnis, dass der für uns wichtigste Ausschuss von einem Vertreter der Alternative für Deutschland geleitet wird. Schlimmer geht's nimmer!



Von Achim Grunke

Das „Hotel am Wald“ in Elgersburg/Thüringen gehört neben dem Karl-Liebknecht-Haus in Berlin zu den wenigen Immobilien, die der Partei verblieben sind. Im Dezember findet hier immer das „Elgersburger Seminar“ zur politischen Bildung statt. Ich hatte bereits 2013 daran teilgenommen und nun auch wieder vom 12. bis 14. Dezember 2014. Gegenstand war diesmal das Buch des international renommierten britischen marxistischen Historikers Eric Hobsbawm „Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts“, dessen Inhalt nach Einführungsvorträgen dann von den Teilnehmern in Arbeitsgruppen erarbeitet wurde.

Nach diesem Seminar wurde mir wieder mal bewusst, wie nötig politische Bildung für alle Generationen in unserer Partei ist. Für diejenigen, die in der DDR sozialisiert wurden und dort ihr politisches Grundwissen erworben haben, gilt es, nicht wenig von dem, wenn auch nicht alles davon zu korrigieren. Für die Jüngeren, die erst nach 1989 politisch aktiv und Mitglied der Partei wurden, aber auch für die älteren Jahrgänge, geht es darum, neues theoretisch fundiertes politisches Grundwissen aufzunehmen. Erfahrungswissen aus dem politischen Alltag und eine kaum überblickbare Informationsflut aus den Medien reichen allein auf Dauer nicht aus.

In einer Zeitschrift las ich neulich,

dass der „Marxismus“ nach dem Zusammenbruch des osteuropäischen Sozialismus immer noch keinen guten Stand hat und auch in der Linkspartei keine nennenswerte Rolle zu spielen scheint. Es besteht weithin eine große Unsicherheit darüber, ob der „Marxismus“ überhaupt noch für die Erklärung der heutigen Gesellschaft und als politische Handlungsgrundlage taugt. Und wenn der „Marxismus“ überhaupt noch eine theoretische Grundlage bleiben soll, was bleibt dann von ihm übrig?

Für mich sind das insbesondere drei Dinge, die weiterhin zum Grundgerüst marxistischen Denkens gehören:

Erstens die Marx'sche Kapitalismusanalyse und -kritik, die ja in den letzten Jahren nach der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise eine Renaissance in Gestalt der Lesekreise zu Marx „Kapital“ erfahren hat.

Zweitens die materialistische Geschichtsauffassung, wonach in letzter Instanz die materielle Produktion und die sozialökonomischen Verhältnisse für den Verlauf der Geschichte bestimmend sind, und

drittens die dialektische Methode, d.h. insbesondere die einzelnen Erscheinungen und Prozesse in der Gesellschaft im Zusammenhang und in ihrer Widersprüchlichkeit zu betrachten.

Eric Hobsbawm zeigt als marxistischer Historiker in seinem Buch beispielhaft, wie er mit diesem „Handwerkszeug“ marxistischen Denkens umgeht. Wer das 20. Jahrhundert begreifen will und auch Erklärungen dafür sucht, was und warum in den ersten Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts geschehen ist, kommt an der Lektüre dieses mit ungeheurem Kenntnisreichtum geschriebenen Buches vorbei. In einer Kritik des „Tagesspiegel“ hieß es nach dem Erscheinen des Buches in deutscher Sprache: „Ein weites Panorama dieses Jahrhunderts, ein beeindruckend argumentierender Wurf, ein großes Pamphlet gegen das Vergessen.“

Das 20. Jahrhundert war, wie

es im Buchtitel heißt: ein Zeitalter der Extreme. Es war geprägt durch die beiden Weltkriege und die Nachkriegsordnung, die ja bis 1990 dauerte. Es war das Jahrhundert der Atombombe. In keinem Jahrhundert vorher hatte der technische Fortschritt zu derartig umwerfenden – guten oder auch weniger guten – Veränderungen im Leben der Menschen geführt wie im 20. Jahrhundert. Und diese Entwicklung geht weiter! Zum 20. Jahrhundert gehört aber auch die Oktoberrevolution von 1917 in Rußland und dann nach 70 Jahren der Zusammenbruch des Sozialismus „zwischen Istrien und Wladiwostok“. Das zaristische Rußland war damals überreif für eine Revolution. Aber es bestand schon damals die Skepsis, „daß eine russische Revolution nicht sozialistisch sein würde und könnte. Die Bedingungen für eine derartige Transformation waren schlichtweg nicht gegeben in einem Agrarland, das als Inbegriff für Armut, Ignoranz und Rückständigkeit galt und in dem das Industrieproletariat – das Marx als Totengräber des Kapitalismus genannt hatte – nur eine winzige, wenn auch strategisch platzierte Minderheit war.“ (Hobsbawm)

Diese unreifen Startbedingungen für den Sozialismus sollten auch späterhin Einfluss haben auf die Entwicklung in der Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder. Und der Zusammenbruch dieses Systems resultierte aus dessen eigener Unfähigkeit, gegenüber den entwickelten kapitalistischen Ländern eine höhere Arbeitsproduktivität zu erzielen und ein fortschrittlicheres politisches System zu entwickeln.

Eric Hobsbawm starb 2012 im Alter von 95 Jahren. Auch nach ihm gilt für den Marxismus ein plures Verstandnis, wenn er offen für neue Erkenntnisse bleiben will. Auch wenn wir uns des gleichen Grundinstrumentariums bedienen, so muss es dabei bleiben: es gibt nicht nur ein einziges richtiges auf einem Wahrheitsmonopol beruhendes Erklärungsmuster für unsere Welt.

Der letzte Kreistag des Jahres 2014 fand am 10. Dezember statt. Auf Grund der **Entwicklung der Landkreis Mittweida Krankenhaus GmbH (LMK)** und daraus resultierender Fragen und Ängste waren viele Rochlitzer Bürger anwesend. Die Rochlitzer Bürgermeisterin und Kreisrätin, Frau Arndt (FDP), erklärte, dass sie ihr Mandat im Aufsichtsrat der LMK behält. Sie stellte den Antrag, die Problematik LMK in Bezug auf das Krankenhaus Rochlitz in die Tagesordnung aufzunehmen. Das wurde vom Landrat mit der Begründung abgelehnt, dass keine eiligen Tatbestände vorliegen würden! Ob dies dem Demokratieverständnis entspricht,

stellungen der bereits erfolgten Änderungen vor, das von allen Fraktionen des Stadtrates unterzeichnet wurde! Demgegenüber sprach der Geschäftsführer der LMK, Herr Irmer, von reinen Spekulationen, was eine Verlegung von Betten von Rochlitz nach Mittweida betrifft. Die LMK erarbeite nach seinen Worten derzeit ein Strukturkonzept, welches sinnvoll und wirtschaftlich sein soll. Hoffen wir, dass es auch fachlich die Anforderungen erfüllt. Auf den Vorwurf, dass Herr Irmer nicht auf den Fragenkatalog des Rochlitzer Stadtrates reagiert, wurde geantwortet, dass er als Geschäftsführer der LMK nicht legitimiert sei, internes Zahlenmaterial nach außen zu geben. Und da die Stadt Rochlitz nicht Gesellschafter der LMK ist, ist dies sicherlich richtig. Rochlitz will zur Erhaltung

solle, so müsste eine Ausschreibung erfolgen. Als Termin für das angesprochene Strukturkonzept wurde der 31.01.2015 genannt. Dann soll es in den Gremien seltenschafterversammlung, Aufsichtsrat, Kreistag) vorgestellt werden. Bis dahin wurde um Geduld gebeten.

Ein weiterer Punkt zur Bürgerfragestunde war die **Abfallgebührensatzung**. Hier gab es eine Petition seitens einiger Bürger des Landkreises. Diese bemängelten, dass 1-Personen-Haushalte sowie ökologisch orientierte Haushalte von einer enormen Gebührenerhöhung betroffen seien. Diese Petition wurde im Verwaltungs- und Finanzausschuss abgelehnt. Unsere Fraktion hatte sich seinerzeit sehr intensiv mit der

einfach einmal die Diskussion beendet werden.

Informationen des Landrates

Kosten der Unterkunft und Heizung für Sozialhilfeempfänger

Die entsprechende Richtlinie muss jährlich überarbeitet und fortgeschrieben werden. Deshalb wurde die Werte um ca. fünf bis Sechs Euro je Wohneinheit angehoben. Eine entsprechende Veröffentlichung erfolgt im nächsten Amtsblatt. Bei der Richtlinie handelt es sich um Richtwerte. Liegen die tatsächlichen Kosten unter diesen, erfolgt keine Prüfung. Wenn die Mietkosten höher als die Richtwerte sind, erfolgt eine Überprüfung.

Schloss Wechselburg

Das Landratsamt hat einen Fördermittelantrag zur Sanierung des Schlosses gestellt. Dieser wurde mit der Begründung „derzeit keine finanzielle Möglichkeiten“ abgelehnt. Damit ist weiterhin unklar, wann und in welchem Umfang die so dringend notwendige Sanierung erfolgen kann.

Kreishaushalt 2015

Unsere Fraktion hat sich in einer Sondersitzung ausschließlich mit dem zur Beschlussfassung vorliegenden Haushalt 2015 befasst.

Im Rahmen der Doppik ist für die Genehmigungsfähigkeit ein Überschuss im **Ergebnishaushalt** nötig.

Der Vorsitzende unserer Fraktion, Gottfried Jubelt, hat in der Debatte zum Haushalt den **Standpunkt der LINKEN** erläutert:

Obwohl in der Position Erstattungen und Umlagen gegenüber 2014 mit einem Aufwuchs von ca.

5,594 Mio Euro gerechnet wird (davon entfallen rd. 1,7 Mio auf die Kreisumlage und das bei konstanten 29,95%) stehen dem u.a. ca. 2,313 Mio mehr Personalausgaben gegenüber. Entscheidend dafür sind Tarifierhöhungen und Höherstufungen des Personals.

Natürlich spielt es hier auch eine Rolle, daß entgegen dem vorliegenden Personalmanagementkonzept vom Juni 2013 der Stellenplan 2015 keinen Rückgang aufweist, sondern ein plus von 2,15 Stellen bei den tariflich Beschäftigten. Dazu kommen die im Konzept verankerten



Blick auf den Lettner (Trennung des Chorraums der Mönche vom Kirchenschiff) mit der Lettner-Kanzel in der spätromanischen Basilika von Wechselburg. Er dürfte nachträglich um 1230/35 in diese vor 1200 erbaute und geweihte Stiftskirche eingeordnet worden sein und gehört zu den hervorragendsten Zeugnissen deutscher Kunst im 13. Jahrhundert.

ist sehr fraglich. Dementsprechend reagierten auch die anwesenden Gäste. Mehrere von ihnen trugen in der Bürgerfragestunde ihre Sorgen vor.

Mit Unverständnis wurde auf die bereits begonnene Umstrukturierung seitens der LMK reagiert. Dazu liegt allen Mitgliedern des Kreistages ein Schreiben der Großen Kreisstadt Rochlitz mit konkreten Auf-

des Krankenhausstandortes dieses Haus privatisieren und hat bereits einen Interessenten gefunden. Korrekt ist in diesem Zusammenhang die Aussage des Landrates, das man nicht innerhalb von einigen Wochen über einen etwaigen Verkauf eines Krankenhauses entscheiden soll. Selbst wenn der Gesellschafter (Landkreis) sich zu einem Verkauf entscheiden

Problematik befasst. Es ist klar, dass man es einfach nicht allen Recht machen kann. Egal, wie man kalkuliert. Es wird immer Gewinner und Verlierer geben. Mit der Neukalkulation hat man ein ordentliches, für den Landkreis einheitliches System auf den Wege gebracht. Da unser Landkreis deutschlandweit einer von denen mit den niedrigsten Gebühren ist, sollte

2014 berichtet unser redaktionsmitglied, kreisrätin sabine lauterbach

Zulagen in Höhe von 2%; immerhin 1.432.346 €.

Schon bei der Verabschiedung des Konzeptes hat unsere Fraktion die pauschale Zahlung von Zulagen kritisiert.

Der im Zusammenhang mit der von allen Fraktionen diskutierten Personalproblematik von G. Jubelt gemachte Vorschlag, wieder eine AG – Personalentwicklung ins Leben zu rufen, fand leider keine Beachtung. Im „ordentlichen Ergebnis“ weist aber der Ergebnishaushalt immer noch einen Fehlbetrag von knapp 1,138 Mio aus. Durch realisierbare außerordentliche Erträge in Höhe von 2,262 Mio wird schlussendlich im Ergebnishaushalt ein Plus von 1,124 Mio ausgewiesen und damit die Genehmigungsfähigkeit erreicht.

Zu beachten ist aber, dass die Rechtsaufsicht bereits den Haushalt 2013 nur mit der Auflage genehmigt hat, dass in der mittelfristigen Finanzplanung ab 2017 im Haushalt keine Fehlbeträge mehr ausgewiesen werden. Im vorliegenden Haushalt werden die Gesamtergebnisse für 2017 und 2018 in Höhe von jeweils über sechs Mio Minus durch „Vortrag eines Haushaltsfehlbetrages auf das ordentliche Ergebnis der Folgejahre gem. §24 SächsKomHVO-Doppik“ kompensiert und auf „Null“ gestellt. Hier sollte aber schon die Frage erlaubt sein, ob wir uns damit etwas vormachen??

Der zweite Teil, der sogenannte **Finanzhaushalt** spielt zwar für die Genehmigung keine Rolle; er ist aber trotzdem sehr aufschlussreich.

Hier ist es so, dass der Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit mit knapp 5,688 Mio gerade mal noch rd. 55% der Summe von 2014 erreicht. Interessant dabei ist u.a., dass sich bei der Position Ordnungsaufgaben das Ergebnis von - 914 T€ auf + 1,231 Mio entwickelt, also ein Plus von rd. 2,235 Mio zu 2014. Zu beachten ist auch, dass hier als Einmaleffekt 2,9 Mio überfällige Gebühren aus „Leistungen Rettungsdienst“ enthalten sind, die bisher mangels Personal in diesem Bereich nicht beigebracht werden konnten! Hier fragen wir uns natürlich wie das passieren konnte, wo doch allein für Personalmanagement 23,3 Stellen vorhanden sind.

Insgesamt verbleibt unter Beachtung aller Ein- und Auszahlungen trotz der angeführten zusätzlichen Einnahmen am Ende ein Minus von über 9,187 Mio Euro, die aus der Liquiditätsreserve entnommen wer-

den müssen.

Damit fallen die Rücklagen von reichlich 30 Mio Ende 2013 zum Ende 2015 auf gerade mal noch 7,183 Mio Euro!

Neben dieser katastrophalen finanziellen Entwicklung gibt es weitere Gründe, diesem Haushalt nicht zuzustimmen:

- mit der Einführung der Doppik wurde uns Amateurpolitikern ein detaillierter Ein- bzw. Durchblick so gut wie unmöglich gemacht (Ein Schelm, wer

ten aufweist. Die extreme Differenz zum Rettungsdienstbereich Grimma wurde versucht, durch die Verwaltung zu erklären. Hier wurde aufgeführt, dass in zwei Rettungswachen große Investitionen flossen und auch Rettungswagen für den Bereich Döbeln nach Auflösung des Rettungsdienstbereiches Grimma zu Ende 2017 angeschafft werden müssen. Nun kann man diskutieren, dass diese Kosten durch die Krankenkassen übernommen werden. Es gibt jedoch auch pri-

sich auch sehr positiv auf das Studium auswirken dürfte. Die Bedenken von David Rausch aus unserer Fraktion, dass hier Praktika vergeben werden, um sehr preisgünstig Analysen und ähnliches zu erstellen, konnten teilweise geklärt werden, da das Landratsamt versicherte, dass Praktika vergütet werden. Die geplante Eingrenzung auf den sozialen Bereich wurde damit erklärt, dass eine weitere Zusammenarbeit angestrebt werde, die anderen Fachbereiche jedoch noch nicht so



Detail der Bergmannskanzel im Freiburger Dom St. Marien aus dem Jahr 1638. Gemeinsam mit der aus dem Jahr 1505 stammenden Tulpenkanzel bildet sie im Mittelschiff des Doms ein bemerkenswertes Ensemble. Die ursprüngliche romanische Basilika wurde nach dem großen Stadtbrand von 1484 als spätgotische Hallenkirche wiedererrichtet.

Böses dabei denkt!!),

- unsere Forderung nach schrittweisem Abbau der Elternbeiträge bei der Schülerbeförderung spiegelt sich im Haushalt nicht wieder,

- obwohl die Sozialversicherungen aktuell 34 Mrd. mehr einnehmen, muss der Kreis rd. 1,6 Mio mehr Umlage zahlen, als 2014.

Gebühren für die Notfallrettung und den Krankentransport im Rettungsdienstbereich Freiberg/ Mittweida.

In dieser Vorlage zeigt sich, dass zwar trotz Vorliegen einer Kalkulation, diese immer noch sehr große Unklarhei-

ten versicherte Bürger, die auf diesen Kosten sitzen bleiben. Es erscheint uns etwas mystisch, dass die Krankenkassen diesen Kosten zugestimmt haben. Aber das ist wohl auch den großen Rücklagenberg der Krankenkassen geschuldet.

Kooperationsvereinbarung zwischen dem Landkreis Mittelsachsen und der Hochschule Mittweida bezüglich einer künftigen Zusammenarbeit im Sozialbereich

Solch eine Vereinbarung ist sicherlich sehr nützlich, können doch Studierende sehr praxisnah Daten zusammentragen und Projekte entwickeln, was

weit wären. Der soziale Bereich wird als „Einstieg“ der Kooperation gewertet.

Unter „**Anfragen der Kreisräte**“ hat unser Fraktionsvorsitzender nachgefragt, inwieweit im Krankenhaus Rochlitz bereits Änderungen erfolgt sind, die nicht dem im Oktober nochmals beschlossenen Konzept entsprechen. Da der Geschäftsführer der LMK, Herr Irmer, nicht mehr anwesend war, konnte die Frage leider nicht beantwortet werden. Mit Datum vom 23.12.2014 hat das Landratsamt vorliegende Anfragen schriftlich beantwortet.

Auf die Frage von Genossen Jubelt blieb das Landratsamt bisher leider die Antwort schuldig!

Am 25. Mai des vergangenen Jahres wurde ein neuer Kreistag gewählt - mit einem durchwachsenen Ergebnis für den mittelsächsischen Kreisverband der LINKEN. Die Kreistagsfraktion schrumpfte von 19 auf nur noch 16 Mitglieder, wenigsten konnte erneut die zweithöchste Stimmenzahl hinter der CDU erreicht werden. Sechs Mitglieder kamen neu in den Kreistag: **Ringo Gründel** aus Penig, **Thomas Kempe** aus Brand-Erbisdorf, **Sabine Lauterbach** aus Alt-

mittweida, **David Rausch** aus Geringswalde, **Frank Richter** aus Frankenberg und **Lothar Schmidt** aus Döbeln. Durch den Mandatsverzicht von Frank Richter sind somit fünf neue Fraktionsmitglieder der LINKEN in den Kreistag gekommen. Wir stellen sie in den folgenden Monaten an dieser Stelle vor. Den Beginn machen wir mit **Ringo Gründel**, der gleichzeitig Vorsitzender des Ortsverbandes Penig der LINKEN ist.

von Hans Weiske

Es war einer der so milden frühen Januar-Abende dieses Jahres, als wir uns im elterlichen Siedlungshaus von Ringo Gründel in Penig trafen. Dort bewohnt er im Obergeschoss seine "Junggesellen-Wohnung". Und ein solcher wird der 1969 Geborene nach eingemem Bekunden wohl auch bleiben. Kurz zuvor war Ringo („in meiner Vornamenswahl findet die musikalische Vorliebe meiner Mutter ihren Ausdruck“) von seiner Arbeit in einem Chemnitzer Ingenieurbau-Consult-Unternehmen nach Hause zurückgekehrt: „autofrei natürlich!“ Das heißt nichts anderes, als das wir es bei Ringo Gründel mit einer vom Aussterben bedrohten Spezies zu tun haben: jener Zeitgenossen, die absolut nichts von einem Automobil halten. Doch das habe einen ganz gewichtigen Vorteil: „Jeden Arbeitstag habe ich im Autobus somit anderthalb Stunden Lese- und Ideensammelzeit“. Und das wiederum helfe ihm sehr, seine politische Arbeit zu organisieren. Doch dazu später mehr.

und begann, bei der FDJ Staub zu wischen - u.a. als ganz junger Kreistags-Abgeordneter im Blauhemd. Und dann kam die Wende...

Das bittere Ende der DDR stellte Rin-

nigstens der Vater behielt seinen Job als Lagerarbeiter in Rochsburg. Ringo machte seinen Zivildienst als Altenpfleger bei den Johannitern „richtig vor Ort, eine interessante Zeit“. Es folgte eine 15-monatige Umschulung

nung nicht wegwerfen wollte, wie viele andere damals. Und Gysi wegen einer flammenden Rede kurz nach dem Dezember-Parteitag 1989 in der brechenden Chemnitzer Stadthalle“. Bis Anfang 2000 war Gründel zahlendes Mitglied, dann wurde er Ortsvorsitzender der PDS in Penig. Die Kommunalpolitik übte schon damals eine große Anziehungskraft auf ihn aus. 1999 und 2004 scheiterte er knapp, 2009 wurde er ebenso knapp („meine eigene Stimme entschied“) in den Stadtrat gewählt und kurz danach Fraktionsvorsitzender der LINKEN in einem CDU-dominierten Stadtrat. Seit Mai des vergangenen Jahres sitzt Ringo Gründel für seine Partei im mittelsächsischen Kreistag und im Peniger Stadtrat. Von ganz wenigen, schwer errungenen Erfolgen gegen die Schwarzen („Wir haben einen Ehrenamtspreis durchgesetzt“) kann er berichten, aber er kämpft mit seiner fünfköpfigen Fraktion weiter. Im Kreistag befindet er sich nach eigenen Worten noch in der Phase des „Hineinschnupperns“, nachdem er völlig überraschend in seinem Wahlkreis die meisten Stimmen für DIE LINKE eroberte. Er könnte sich vorstellen, sich vor allem in Fragen des Haushalts und des Sports zu engagieren.



Seine ehrliche linke Gesinnung und „sein“ Fussball - zwei Markenzeichen von Ringo Gründel

Wobei wir beim Fussball und beim Lesen wären, den beiden Hobbys von Ringo Gründel. Seine „wahre Welt“ ist der Fussball.

Geboren wurde Ringo Gründel - wie bereits gesagt - im Jahr 1969. Von Kindesbeinen an wohnte er in jenem in den Dreißiger Jahren entstandenen Siedlungshaus, was bereits seinen Großeltern und Eltern Wohnstatt war bzw. ist. Nach der Schule begann er eine Lehre im Getriebewerk Penig - zu DDR-Zeiten durchaus ein sozialistischer Vorzeigebetrieb. Von Anfang an schlug sein Herz für die EDV. Den Jüngeren unter unseren Leserinnen und Lesern als Deciffrierhilfe: Unter „EDV“ verstand man in „grauen Vorzeiten“, als Halbleiter, Dioden und später gedruckte Schaltungen Modeworte waren, die Elektronische Daten-Verarbeitung. In der Zeit der Großrechner und allerersten Arbeitsplatz-Rechner wurde Ringo Facharbeiter für EDV. 1988 schloss er seine Lehre ab, wurde Mitglied der SED

go Gründel vor zwei sein weiteres Leben bestimmende Fragen: Wie geht es mit mir beruflich weiter und wohin wende ich mich politisch. Das Getriebewerk, seine berufliche Heimat, wird im Frühjahr 1990 der Flender AG Bocholt angegliedert. Seit 2005 gehört es zur Siemens-AG. „Die Zeit kurz nach der Wende war die Zeit der Selbstvernichtung unserer Arbeitsplätze in der Datenverarbeitung, die sowjetischen Großrechner vom Typ ESER (Einheitliches System Elektronischer Rechentechnik) hatten ausgespielt“. Ringo Gründel verlor seine Arbeit. Viele in der Familie und der Verwandtschaft traf es ebenso hart. Die Mutter - Näherin in Hartmannsdorf - wurde arbeitslos, we-

zum Netzwerkadministrator. Eine Zeit danach erhielt Ringo Gründel eine Anstellung als Lehrkraft bei einer Bildungsgesellschaft, Tochterunternehmen jenes Ingenieurbau-Consulting-Unternehmens, in welches er später als Netzwerkadministrator und Verantwortlicher für die Büroorganisation wechselte und bis heute seine Brötchen verdient. Auf einem ziemlich sicheren Arbeitsplatz Befragt nach seiner politischen Entscheidung im Wendeherbst, welche ihn wieder aus dem Loch heraushalf in das er gefallen war, antwortet er wie aus der Pistole geschossen mit zwei Worten: „Trotz“ und „Gysi“. Um dann nachzuschieben: „Trotz in dem Sinne, dass ich meine linke Gesin-

Obwohl er es nur bis zum Hobby-Fussballer gebracht hat, ist er seit 1998 als Mannschaftsleiter und Trainer im Nachwuchsbereich nicht wegzudenken. Erst vor kurzem hat er - bedingt durch die Doppelbelastung durch Kreistag und Stadtrat - nach mehr als zwei Jahrzehnten die Trainer-tätigkeit an den Nagel gehängt. Aber dem Fussball bleibt er im Ehrenamt weiter treu, aktuell als Vorsitzender des Kreis-Jugendspielausschusses. Und die Leseleidenschaft? „Quer-beet“ lautet die kurze Antwort. Und ergänzend: „Von unterhaltsamer Literatur, wie Stephen King und Harry Potter, über Fragen der Religionen bis zur römischen Geschichte ist alles dabei“.

keine alternative für deutschland



Seit dem Berliner Bundesparteitag im Mai 2014 ist Marita Tändler-Walenta aus Roßwein Mitglied des Bundesvorstandes der LINKEN (unser Bild zeigt sie während ihrer „Kandidaten-Kür“). Seither berichtet sie als Redaktionsmitglied der LinksWorte regelmäßig aus dem Parteivorstand. Außerdem übt Marita im Kreisvorstand die Funktion der Pressesprecherin aus. In Verbindung mit ihrer politischen Erfahrungen, die sie während ihrer dreijährigen Arbeit bei der Europäischen Union in Brüssel gesammelt hat, verfügt Marita Tändler-Walenta trotz ihrer Jugend schon über beachtliche Erfahrungen in der politischen Arbeit, welche sie gern an die Ortsverbände der LINKEN weitergibt. Heute berichtet sie aus der Arbeitsgruppe für den Umgang mit der AfD.

Die Alternative für Deutschland gründete sich auf dem Rücken der Euro-Kritik. Dabei war zunächst nicht ganz klar, ob die Partei auch die Idee eines gemeinsamen Europas ablehnt. Die ersten Strukturen innerhalb der AfD waren hierarchisch und undemokratisch. Es gab keine Änderungsanträge auf Parteitagen, es gab keine Aushandlungsprozesse und lange hatte die AfD kein Parteiprogramm. Aus der Bürgerinitiative ‚Wahlalternative 2013‘ entstand am 06. Februar 2013 die Alternative für Deutschland, die im April 2013 in Berlin gewählten Sprecher der Partei sind Bernd Lucke, Frauke Petry und Konrad Adam. Bei der Bundestagswahl 2013 erreichte die AfD zunächst 4,7%, bei der Landtagswahl in Hessen 2013 4,1%, aufgrund der 5%-Hürde konnten somit keine Mandate erreicht werden. Dies änderte sich allerdings zur Europawahl, bei der die AfD 7,1% der Stimmen erreichte und somit erstmalig mit sieben Abgeordneten in das Europäische Parlament einzog. Bei den darauffolgenden Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg konnte die AfD weitere Prozentpunkte dazugewinnen und zog mit insgesamt 35 Abgeordneten in die Landesparlamente und mit 7 Abgeordneten in das Europäische Parlament ein. Bei der genaueren Betrachtung vom Europawahlprogramm, den verabschiedeten politischen Leitlinien und der Landtagswahlprogramme finden sich zwei Formen des Kulturkampfes. Die Abgrenzungsstrategie der AfD besteht in diesem inszenierten Kulturkampf. Die erste Ebene des Kulturkampfes ist die kulturelle Abgrenzung des Eigenen vom Fremden und damit im Konzept des Ethnopluralismus der ‚Neuen Rechten‘ zu verorten. Der

„Mythos einer homogenen Nation - romantischer und und populistischer Ultranationalismus, der der liberalen, pluralistischen Demokratie mit ihren grundlegenden Prinzipien des Individualismus und Universalismus feindlich gegenübersteht“ (Minkenberg 2011: S.11). Verschwörungstheorien werden ebenso bedient wie Anti-Establishment-Einstellungen und Migrationsfeindlichkeit. Die zweite Ebene des Kulturkampfes ist die wirtschaftliche Abgrenzung. Es wird ein Kulturkampf zwischen Leistungsträgern und Prekariat beschrieben, bei dem die AfD die ‚Ausgrenzung‘ bzw. die klare ‚Abgrenzung‘ zu dementsprechenden Gruppen als Lösungsansatz anbietet. Die Wählerentscheidung für die AfD ist Ausdruck einer differenziellen Unzufriedenheit mit den politischen Geschehnissen, wobei die AfD sich durchaus an rechten Erklärungsmustern orientiert und Feindbildangebote schafft. Dadurch entsteht eine verkürzte Betrachtungsweise der gesellschaftlichen Bedingungen, woraus der Sprachstil der AfD resultiert welches im rechtspopulistischen Element zu finden ist. Dabei setzt die AfD in ihrem Programm weniger auf lösungsorientierte Konzepte als vielmehr auf die Ängste, die derzeit viele Menschen bewegen. Der Parteivorstand der LINKEN hat Mitte 2014 die Gründung einer Arbeitsgruppe für die Erstellung von Handlungsempfehlungen im Umgang mit der AfD beschlossen, bei der auch ich tätig bin. Das Ergebnis dieser Arbeitsgruppe besteht in einer Beschlussvorlage für die Parteivorstandssitzung am 24./25. Januar 2015 in Berlin, in der neben den Landesparlamenten, Europa- und Bundesparlament auch die kommunale Ebene Betrachtung findet. Diese Empfehlung wird in einer nächsten Ausgabe der Linksworte abgedruckt.

junge linke bringen sich ins gespräch

Dr. reimal im Bild: Robert Sobolewski, Mitglied des Kreisvorstands der LINKEN und aktiv im linken Jugendverband [solid]. Auf dem oberen Bild während eines Diskussionsbeitrags auf einem Kreisparteitag, auf dem mittleren Bild mit Genossen Marco Hinkel aus Lunzenau, ebenfalls aktiv bei [solid] und im unteren Bild sehen wir ihn gemeinsam mit seinen besten vierbeinigen Freunden. Robert macht nahtlos dort weiter, wo er als jüngster sächsischer Direktkandidat für DIE LINKE im Landtagswahlkampf aufgehört hat: mit viel Engagement für die Jugend seiner Heimatregion und für den Tierschutz. Kurz vor Jahresende machte er mehrfach Schlagzeilen in der Regionalausgabe der Freien Presse (siehe unten eine Seite aus der Rochlitzer Ausgabe vom 20. Dezember). Zum einen mit seiner im Stadtrat ausgesprochenen Anregung, Kinder und Jugendliche aus Geringswalde nach den Erfahrungen von Penig anonym zu befragen. Zum zweiten mit einer Spendenaktion als Vorstandsmitglied des Leisniger Tierschutzvereins „Tiernothilfe“. Auch darüber wurde in der Presse berichtet. Leider stimmte der Geringswalder Stadtrat mit knapper Mehrheit gegen die Idee von Robert Sobolewski, die durch DIE LINKE auch in Penig und Lunzenau ins Spiel gebracht wurde. David Rausch erklärte namens der Fraktion der LINKEN im Stadtrat, dass man im Frühjahr einen neuen Anlauf nehmen werde. Derweil informierte der Vorsitzende der Stadtratsfraktion in Penig, Ringo Gründel, über die gute Resonanz einer ähnlichen Aktion. Überraschenderweise wäre man mit dem Beschlussvorschlag der LINKEN im Stadtrat durchgekommen - erst zum zweiten Mal seit vielen Jahren. Ansonsten blockiere die CDU-Fraktion mit ihrer numerischen Stärke.



„landkreis verliert gestaltungskraft“

Mit einer Pressemitteilung zur Kritik an der sinkenden Gestaltungskraft der Landkreise, konkret bezogen auf den Landkreis Mittelsachsen, hat Marita Tändler-Walenta, im Kreisvorstand verantwortlich für die Pressearbeit, DIE LINKE in der regionalen Presse ins Gespräch gebracht. Sie bezog sich dabei auf die ernüchternde Bilanz, die der Deutsche Städte- und Gemeindebund kürzlich in Berlin vorgelegt hat. Immer mehr würden die Möglichkeiten der Kommunen beschnitten.





Im Jahr 1713 wurde von Hans Carl von Carlowitz die „Nachhaltigkeit“ erfunden und das im Bereich der Forstwirtschaft. „Wiederentdeckt“ hat man die „Sustainability“ vor allem seit Veröffentlichung des Club of Rom-Berichtes im Jahr 1972. Der moderne Begriff der Nachhaltigkeit ist auf dem „Erdgipfel“ der Vereinten Nationen 1992 in Rio de Janeiro zum Leitbild erkoren worden und umfasst seither die ökonomischen, ökologischen und sozialen Ressourcen in Ihrer Wechselwirkung. Diese komplexe Sicht fördert aber auch den Missbrauch des Begriffes. Ganz schnell kann er zur inhaltsleeren Formel werden, zu der sich zwar alle bekennen, die aber kein zielführendes Handeln implizieren.

Das Jahr 2015 bringt für unsere Kreisstadt Freiberg gleich drei bedeutsame Jubiläen. Alle drei sind mit der

„nachhaltigen Entwicklung“ untrennbar verknüpft.

- Die **Bergakademie Freiberg**, weltweit älteste noch bestehende montanwissenschaftliche Hochschule, wurde vor 250 Jahren gegründet.
- Im Jahr 1515 entstand in Freiberg eine der ersten **städtischen Lateinschulen** im deutschsprachigen Raum, fünfzig Jahre später die einzigartige historische Schulbibliothek.
- Im Jahr 1790 wurde ein Freiburger Bürgerhaus zum Theater umgebaut. Heute darf sich das **Freiberger Stadttheater** als das älteste der Welt bezeichnen.

Unser heutiges Thema ist die Bergakademie. Im Februar widmen wir uns der ehemaligen Lateinschule.

technische universität bergakademie freiberg - die ressourcenuniversität. seit 1765

Diesen etwas sperrigen Titel trägt die Bergakademie seit dem Jahr 2010 und mit ihm geht sie in ihr Jubiläumsjahr. Das Festjahr zum 250-jährigen Jubiläum beginnt am 6. März und endet am 3. Mai 2016. Es wird von einer Vielfalt festlicher Veranstaltungen, interessanter Ausstellungen und wissenschaftlicher Fachtagungen begleitet. Ein inhaltlicher Schwerpunkt dabei: **Die nachhaltige Nutzung der Rohstoffressourcen der Erde** - ein Erbe des Hans Carl von Carlowitz.

Geschichte

Die Bergakademie Freiberg wurde 1765, in der Zeit der Aufklärung, durch Prinz Xaver von Sachsen nach den Plänen von Friedrich Wilhelm von Opper (1720-1767) und Friedrich Anton von Heynitz unter dem Namen Kurfürstlich-Sächsische Bergakademie zu Freiberg (ab 1806: Königlich-Sächsische Bergakademie zu Freiberg) als Ausbildungsstätte für Bergleute gegründet. Diese Gründung war erforderlich, da Sachsen nach der Niederlage im Siebenjährigen Krieg den Bergbau forcieren musste, um seine Reparationszahlungen leisten zu können. Bedeutendster Lehrer der Bergakademie war Abraham Gottlob Werner, berühmtester Student und Wegbereiter der Nachhaltigkeit Alexander von Humboldt. An der Bergakademie wurden von Freiburger Wissenschaftlern zwei chemische Elemente entdeckt: das Indium (1863 von Ferdinand Reich und Theodor Richter) und das Germanium (1886 von Clemens Winkler).

Bis zur Gründung der Technischen Universität Dresden im Jahre 1871 war die Bergakademie Freiberg die höchste technische Bildungseinrichtung des Königreiches Sachsen. Die Bergakademie wurde 1899 mit einer Tech-

nik (Braunkohlenvergasung) wurden Erich Rammler und Georg Bilkenroth für ihre Arbeiten zum Braunkohlenhochofentemperaturkoks 1951 mit dem Nationalpreis 1. Klasse der DDR geehrt. (zitiert nach Wikipedia, hw)



Die ehemalige Himmelfahrt Fundgrube mit ihren Schachtenanlagen „Alte Elisabeth“ (oben) und „Reiche Zeche“ wird von der TU Bergakademie Freiberg als Lehr- und Forschungsbergwerk genutzt. Die historische Bergbaulandschaft prägt auch heute noch die Umgebung von Freiberg und ist als Kulturlandschaft Bestandteil des Antrags auf Aufnahme in die UNESCO-Welterbeliste.

nischen Hochschule gleichgestellt. Im Jahre 1949 wurde die Arbeiter- und Bauern-Fakultät »Wilhelm Pieck« eingerichtet. Im Bereich Verfahrens-

Gegenwart schreibt Prof. Dr.-Ing. Bernd Meyer, seit 2008 Rektor: **„Als älteste montanwissenschaftliche Universität der Welt und nationale Ressourcenuniversität in Deutschland sieht sich die TU Bergakademie Freiberg in der besonderen Verantwortung, die Leitidee der nachhaltigen Entwicklung im Rohstoffbereich zu verankern.“** (Beitrag im Sammelwerk „die Erfindung der Nachhaltigkeit“, hw)

Als **Ressourcenuniversitäten** versteht man Hochschulen mit einem Wissenschaftsprofil, ausgerichtet auf die nachhaltige Stoff- und Energiewirtschaft. Die deutsche Ressourcenuniversität ist die TU Bergakademie Freiberg. Im Juni 2012 gründete die Bergakademie Freiberg gemeinsam mit der Bergbauuniversität St. Petersburg (dorthin bestanden bereits in der DDR sehr enge, partnerschaftliche Beziehungen, hw) das **Weltforum der Ressourcenuniversitäten für Nachhaltigkeit**. Die Gründung dieses Weltforums ist zu verstehen als ein erster Schritt zur Wahrnehmung der gemeinsamen Verantwortung der Ressourcenuniversitäten für eine dringend erforderliche globale Rohstoffwende. Diese Rohstoffwende muss endlich die - noch längst nicht vorhandene - Gleichrangigkeit der Nachhaltigkeitskriterien im Rohstoffbereich „Vermeidung“, „Effizienz“, „Substitution“ und „Recycling“ gegenüber dem dominierenden Kriterium „Ökonomie“ herstellen und dabei die erneuerbaren Energien in die zu bilanzierenden Prozesse einbeziehen.

Im vergangenen Jahr wurde im Freiburger „Lomonossow-Haus“ ein Deutsch-Russisches Zentrum für wissenschaftliche Zusammenarbeit und Nachhaltigkeit eröffnet. Dazu später mehr.

Gegenwart

Zur Rolle der Bergakademie in der

kreisvorstand aktuell

Die erste Sitzung des Kreisvorstandes fand am 19. Januar (nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe) statt. Wir informieren in unserer Februar-Ausgabe.

Letztmals im Jahr 2014 tagte der Kreisvorstand am 8. Dezember, am Vorabend des Parteitags in Siebenlehn. Im Mittelpunkt eines intensiven Meinungsaustausches standen die Auswirkungen der Wahlen in Thüringen auf die politische Arbeit der LINKEN, die Rolle der AfD und der sich andeutende Erfolg der Pegida in Dresden.

Abgestimmt wurden letzte Details von Inhalt und Organisation des Kreisparteitages am Folgetag.

Eine erste intensivere Verständigung gab es zu den Landrats- und Bürgermeisterwahlen am 7. Juli und deren Finanzierung. Diese Diskussion wird auf der Vorstandssitzung im Januar weitergeführt.

wie weiter im landesverband der sächsischen linken?

Wie alljährlich, war auch in Sachsen und Mittelsachsen das Parteileben ab Mitte Dezember bis in den Januar hinein dem Erliegen nahe. Die beiden zuletzt gelisteten Beiträge unter „Politik aktuell“ auf der Internetseite des Landesverbandes stammen vom 9. Dezember („Tillich muss als Sorbe für den Wert der Mehrsprachigkeit eintreten“) und vom 13. Januar („Dresden braucht bundesweit Hilfe gegen PEGIDA“). Am 16. Januar tagt erstmals in diesem Jahr der Landesvorstand und am 31. Januar findet ein „kleiner Parteitag“ statt. Dann endlich darf man die angekündigte Analyse der Wahlergebnisse erwarten, um deren „Bewertungshoheit“ es in der ersten Aufregung nach dem Wahltag einen ziemlichen Wirbel gab. Jetzt geht es um eine klare Standortbestimmung, vor allem aber um den Blick nach vorn. Die thüringer LINKE hat uns einiges vorgemacht.

„linke woche der zukunft“ der linken gewinnt konturen

Die „linke Woche der Zukunft“ findet vom 23. bis zum 26. April in Berlin statt. Zwischen der Auftaktveranstaltung „Alternativen zur kapitalistischen Produktionsweise“ und dem großen Abschluss „Ökologisch, lustvoll und demokratisch - Zur Zukunft des Sozialismus im 21. Jahrhundert“ wird sich ein thematischer Bogen zur Zukunft der gesellschaftlichen Arbeit, zur Umverteilung von privat zu öffentlich, zur Zukunft der Daseinsvorsorge und des Öffentlichen, der Produktion der Zukunft sowie des sozialökologischen Umbaus spannen.

in eigener sache

In unserem Artikel zum Freihandelsabkommen TTIP im Dezember unter der Überschrift „DIE LINKE will TTIP stoppen“ hatten wir uns mehrfach vergaloppiert - aus TTIP war immer wieder TIPP geworden. Wir bitten um Entschuldigung.

unsere jubilare

unseren genossinnen und genossen mit runden und halbrunden geburtstagen sowie unseren hochbetagten gratulieren wir hiermit ganz besonders herzlich!

im monat februar 2015 wird aus diesem anlass gefeiert bei:



Gerald Wamser	geb. am 01.02.1940,	in	Brand-Erbisdorf
Rudolf Wehner	geb. am 01.02.1934,	in	Freiberg
Gottfried Schlehahn	geb. am 01.02.1932,	in	Döbeln
Hans Haferkorn	geb. am 04.02.1929,	in	Mittweida
Helga Wiedemann	geb. am 06.02.1935,	in	Augustusburg
Annemarie Zschalig	geb. am 07.02.1940,	in	Rochlitz
Irene Weber	geb. am 07.02.1929,	in	Rochlitz
Annelies Uhlmann	geb. am 09.02.1921,	in	Freiberg
Gerlinde Karbe	geb. am 09.02.1940,	in	Döbeln
Kurt-Günter Woller	geb. am 10.02.1928,	in	Neuhausen/Erzg.
Rita Kreßner	geb. am 11.02.1928,	in	Burgstädt
Hans-Dietrich Pester	geb. am 12.02.1950,	in	Mittweida
Brigitte Sontowski	geb. am 14.02.1935,	in	Freiberg
Arndt Scharfenstein	geb. am 19.02.1950,	in	Frauenstein
Kurt Meinekat	geb. am 19.02.1932,	in	Penig
Heinz Koch	geb. am 20.02.1932,	in	Freiberg
Ilse Nitzsche	geb. am 21.02.1921,	in	Rochlitz
Hans-Günter Baldauf	geb. am 22.02.1927,	in	Penig
Manfred Rantzuch	geb. am 23.02.1934,	in	Rochlitz
Erna Jentzsch	geb. am 25.02.1929,	in	Döbeln
Ludwig Galiläer	geb. am 28.02.1933,	in	Freiberg
Gerhard Meyer	geb. am 28.02.1925,	in	Roßwein

jahrestage im januar und februar 2015

22. 02. 1840: August Bebel, Mitbegründer der deutschen Sozialdemokratie, in Deutz (bei Köln) geboren.

19. 01. 1865: Pierre-Joseph Proudhon, französischer Ökonom und Frühsozialist, verstorben.

25. 01. 1890: Der Deutsche Reichstag lehnt die Verlängerung des Sozialistengesetzes ab.

17. 01. 1935: In der Sowjetunion werden die ehemaligen führenden Funktionäre Kamenjew und Sinowjew nach einem Schauprozess zu hohen Haftstrafen verurteilt.

17. 01. 1945: Befreiung Warschaws durch die Rote Armee.

20. 01. 1945: Bedingungslose Kapitulation Ungarns.

27. 01. 1945: Auschwitz wird von der Roten Armee befreit.

04. bis 12. 01. 1945: Konferenz von Jalta zur Nachkriegsordnung.

13. 02. 1945: Dresden wird durch anglo-amerikanische Bomber zerstört.

25. 01. 1955: Die Sowjetunion erklärt den Kriegszustand mit Deutschland für beendet.

27. 02. 1955: Der Deutsche Bundestag ratifiziert die Pariser Verträge.

04. 02. 1990: Der Parteivorstand der SED-PDS beschließt, dass die Partei nur noch den Namen PDS führen soll.

05. 02. 1990: Hans Modrow bildet die „Regierung der Nationalen Verantwortung“.

07. 02. 1990: „Neues Forum“, „Demokratie jetzt“ und „Initiative für Demokratie und Menschenrechte“ schließen sich zum „Bündnis 90“ zusammen.

17. 02. 1990: Gründungskongress des Unabhängigen Frauenverbandes in der DDR.

01. 01. 1995: Der Solidaritätszuschlag zur Finanzierung der deutschen Einheit wird eingeführt.

01. 01. 2000: Reform des Staatsangehörigkeitsrecht in der BRD.

22. 01. 2005: Die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) konstituiert sich in Göttingen als Partei.

03. 02. 2010: Die EU stellt den Haushalt Griechenlands unter Kontrolle.

terminübersicht

januar 2015:

- 19.01. 19 Uhr Sitzung des Kreisvorstandes
Kreisgeschäftsstelle Freiberg, Lange Straße 34
- 27.01. 11 Uhr Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus
Freiberg, Himmelfahrtsgasse
- 30.01./01.02. Bundesfrauenkonferenz der LINKEN
Hannover, Freizeithaus Linden

februar 2015:

- 06./08.02. Winterakademie der Linksjugend [´solid] in Bielefeld
- 13.02. Gedenktag für die Bombenopfer von Dresden

vorschau:

- 02.03. 19 Uhr Sitzung des Kreisvorstandes
Kreisgeschäftsstelle Freiberg, Lange Straße 34



Traditionsgemäß waren Genossinnen und Genossen aus dem Kreisverband Mittelsachsen kurz vor Weihnachten Gast der beiden mittelsächsischen Landtagsabgeordneten Dr. Jana Pinka und Falk Neubert. Auf unserem Foto - zur Verfügung gestellt von Sabine Pester - stellt Falk einigen seiner Gäste den sächsischen Landtag vor.



Zwei, die für viel Farbe beim politischen Jahresauftakt der Europäischen und deutschen LINKEN in der Volksbühne Berlin sorgten (siehe auch unseren Bericht auf Seite -3-), waren **John Milios**, Wirtschaftsberater von Parteichef Alexis Tsipras, und die bayerische Schauspiel-Ikone **Ottfried Fischer**, der "Bulle von Tölz" (von links).



PEGIDA, LEGIDA oder welches ...GIDA auch immer: die dumpfen braunen Rattenfänger sind im Gleichschritt mit der AfD unterwegs. Aber - leider ist Dresden bisher die Ausnahme - überall formiert sich überwältigender Widerstand gegen die „patriotischen Europäer“, die sich angeblich gegen den uns erdrückenden Islamismus stellen“. Das Foto, welches unsere Haltung kurz und knapp zum Ausdruck bringt, haben wir von David Rausch erhalten.



Stilles Gedenken für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht an der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde. Mit dabei die beiden Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger und der Fraktionsvorsitzende Gregor Gysi. Auch Sahra Wagenknecht, Oskar Lafontaine und Hans Modrow waren unter den Teilnehmern, die Karl und Rosa Kränze mit roten Nelken auf ihre Grabstätten legten. Am 15. Januar 1919 wurden beide von Freikorps-Söldnern erschossen. Rosa Luxemburgs Leiche wurde erst vier Monate nach ihrem Tod aufgefunden.

Wir trauern gemeinsam mit den Angehörigen um unsere verstorbenen Genossinnen:

Else Fischer, Freiberg
Ursula Großer, Flöha

Wir werden ihnen stets unser ehrendes Gedenken bewahren.